

# VEREINS=ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

## Wie ist doch die Zeitung so interessant.

Man braucht nur einen Blick in die Spalten der Tageszeitungen zu werfen, um zu bemerken, daß trotz der sogenannten Sozialregierung viel Interessantes passiert. Ein denkender Zeitungsleser, der gewohnt ist, sich seine Gedanken über das Gelebte zu machen, kommt bei seiner Lektüre immer noch auf die Mötzen. Wir wollen uns heute einmal das Vergnügen machen, ein paar Zeitungsmeldungen herauszuziehen und mit einigen Glossen verziert unseren Kollegen vorzusehen.

Da ist zunächst der Prozeß gegen den frommen Schwindler Terlinden in Duisburg. Terlinden war ein Fabrikdirektor, der sich „durch Fleiß und Sparsamkeit“ vom einfachen Schlossergesellen zum reichen Fabrikanten „emporkarriert“ hatte. Er war natürlich ein großer Sozialfresser und galt in seinen Kreisen allgemein als ein Beweis dafür, daß es ein Arbeiter auch heute noch zu etwas bringen kann, wenn er fleißig und sparsam ist. Besonders aber war er ein frommer, göttelieblicher Katholik und Zentrumsmann, der mit seiner Frau allherrschaftlich das Gebetbuch unter dem Arm, zur Kirche pilgerte und sein Gesicht in ehrenwürdige Halten legte. Die Geistlichen wiesen mit Stolz auf den Mann hin, der noch Christentum im Leibe hatte und eifrig dafür eintrat, daß dem Volke die Religion erhalten bleibe. Oberhalb seines Schreibtisches stand der sunreiche Wahlspruch zu lesen: „Glorios im Handel, christlich im Wandel!“ Bloßlich klappete das Terlindensche Unternehmen im Juli 1901 zusammen und es stellte sich heraus, daß Terlinden seine Bücher nur Bilanzen gefälscht, massenhaft falsche Aktien hergestellt und dadurch seine Gläubiger um viele Millionen Mark geschädigt hatte. Das ganze Unternehmen des frommen Christen beruhte auf dreister Fälschung und plumper Schwindel.

Wir wollen nun nicht behaupten, daß die frommen Leute größere Schwindler sind als andere, wir wollen aber darauf hinweisen, daß es noch heute sehr augräufig wirkt, wenn man sich in den Mantel eines frommen Menschen hüllt. Die Religion dient als Deckmantel für alle möglichen Scheuslichkeiten und Schwindelen. Wenn die Serben ihr Herrscherpaar hinterlistig morden und einen neuen König herbeiholen, so ist letzterer „König von Gottes Gnaden“, und der serbische Überpäp, der den ermordeten König gejagt, konfirmiert und getraut hat, sieht auf den neuen König, der „durch Gottes Rüfung“ auf den Thron seiner Väter herbeihaben sei, den Segen des Himmels herab. Dies ist gerade so widerlich, wie das Gebahren der sächsischen Antisemiten, die einen einzigen Wahlkreis gerettet haben und nun eine Donklagung veröffentlichten, worin es heißt: „Der Herr war unser Helfer im Wahlkampfe. Gott war mit uns und uns er zu einem Sieg!“ Man sollte diesen frommen Schwindlern eigentlich von Polizeiwege verbieten, den Namen des Herrn im Mund zu führen. Aber das ist nun einmal eine Tatsache, die hundertfach durch die Erfahrung bewiesen wird, daß die leichtgläubigen Menschen auf jeden Schwindel hereinfallen, wenn es die Macher verstehen, sich einen frommen Ausdruck zu geben. Dieser Unstand ist es gerade, der einem modernen Menschen die Religion und was drum und dran hängt, so sehr verleidet.

Außerdem dem Terlindensprozeß finden augenblicklich noch zwei andere sensationelle Prozesse statt, und zwar gegen den Trebertrockner Schmidt in Kassel und die Direktoren der „Pommernbank“ in Berlin. Zu letzterem Prozeß sind ganz interessante Einzelheiten zur Sprache gekommen, die ein eigenständiges Licht auf die kapitalistische Presse werfen. Die Zeitungen berichten darüber folgendes: „Unter den geheimen Ausgaben der Pommernbank lautet u. a. eine auf 25000 M, die der „Berliner Pressekub“ angeblich als Darlehen von dem Direktor Romeick bekommen hat. Angell. Romeick bemerkte auf Befragen, daß es sich hier um Auslagen handle, die im Interesse der Immobilien-Bank geleistet werden sollten, wenn es die Macher verstehen, sich einen frommen Ausdruck zu geben. Dieser Unstand ist es gerade, der einem modernen Menschen die Religion und was drum und dran hängt, so sehr verleidet.“

nehmen können. Wir haben das Geld im Interesse der Immobilien-Bank geleistet, es muß ein Darlehen des Herrn Tschirnemann bei den Alten sein — und nun kommt Dr. Fulda und ruft den Betriebsrichten. Besitzer Landgerichtsrat Panch: Sie brauchten doch nicht erst Zahlung mit der Preise, denn diese hatten Sie doch schon durch die verschiedenen Kaufmandatscheine, die Sie nachweislich einzelnen Vertretern der Presse von Zeit zu Zeit ausließen ließen. So hat der Dr. Wittenberg sich jetzt Chefredakteur der „Hamburger Wörterbörse“ beispielweise 12000 M pro Jahr bezogen. — Der Angeklagte erklärt, daß diese Aufwendungen für besondere Arbeiten gemacht worden seien, die die Bank von den betreffenden Herren nicht umsonst verlangen konnte. Es sei ihm nicht im Traume eingefallen, von irgend einem Herrn der Presse irgend eine Gejährligkeit zu erbitten, die dessen unparteiisches sachliches Urteil irgendwie beeinflussen könnte. (Wer's glaubt friegt einen Taler!) Wir haben die Gelegenheit, dem Pressekub das Darlehen zur Errichtung seiner Clubräume zu gewähren, gern bereit, weil wir mit den Herren nicht bekannt waren und die Anzahlung einer persönlichen Bekanntschaft mit den Herren doch natürlich erwünscht sein möchte. Es hat in keiner Weise die Absicht vorgewahlt, auf die Presse irgend einen ungesehlychen Einfluß auszuüben. (Na no, Du kleiner Schädel!) Staatsanwalt Beek: In dem bei Ihnen aufgefundenen Ausgabenbuch für geheime Ausgaben steht: 1000 M an Medaille Z. (A. B. C.). Bitte zu erklären, was das ist? Angell. Romeick: Eine Auskunft über den Namen verneigere ich. Es handelt sich hier um Arbeiten, die der betreffende Herr gänzlich außerhalb seiner Berufstätigkeit für uns geleistet hat. Auf Antrag des Staatsanwalts werden die Kosten aus dem Buch für geheime Ausgaben bereitgestellt. Darunter befinden sich wiederholte Posten wie: Quartalssumme für Dr. W. 3000 Mark, Dr. O. 3000 M, Dr. D. 2000 M, Prof. M. 2000 M, Dr. Österreich 4000 M usw. Angell. Schulz: Es handelt sich bei dem Namen Österreich um einen singulären Namen und ebenso bei den gewählten Buchstaben. Ich lehne es unter allen Umständen ab, Auskunft über Leute zu geben, die nicht bestochen, sondern für Arbeiten, die sie für die Bank ausgeführt, bezahlt sind, und sie hier bloßzustellen. Staatsanwalt Beek: Die Unterstellung, daß von den Herren etwas Unreelles verlangt worden, liegt mir gänzlich fern. Wenn es sich um ordentliche Arbeiten handelt, kann der Angeklagte aber doch die Namen nennen. Angell. Schulz: Ich lehne es ab.“

Man weiß wirklich nicht, ob man sich mehr über die kindliche Naivität der Herren von der Presse wundern soll, die da geglaubt haben, die Pommernbank gäbe ein „Darlehen“ von 25000 M für nichts und wieder nichts oder über die Unverantwortlichkeit des Herrn Direktors, der dem Gerichte weismachen will, die verschiedenen Kaufmandatscheine seien eine Bezahlung für geleistete Arbeit. Warum nennt er dann die Namen nicht und die Art der Arbeit? Warum sind diese Ausgaben als geheime gebucht? Eine Bezahlung für ehrliche Arbeit darf sich sehen lassen und gerecht seinem Menschen zur Unehre. Die Tausendmaße und Schweißgelder für Verträge von Schwindlern. Wohl die meisten Kunden bezahlen direkt oder indirekt solche Gelder an die bürgerlichen Zeitungen und die größten Schwindelunternehmen geben das meiste Geld für die Presse aus. Und dabei schilt diese selbe Presse über die Sozialdemokratie und bewirkt die moderne Arbeiterbewegung fortwährend mit Schmuz. Die Helferhelfer der Millionen-Schwindler bestehen die Freiheit, ehrliche Arbeiter, die die Interessen ihrer Kollegen vertreten, zu beschuldigen, daß sie sich von Arbeitergrößen nähren. Da ist es denn wirklich sehr gut, daß hin und wieder mal in den Pfuhl der Korruption hineingeleuchtet wird, in dem die kapitalistischen Preskosacken lustig herumplätschern. Da können die Verbrecher der Arbeiterpresse ohne Selbstüberhebung sagen: „Wir Wölfe sind doch bessere Menschen!“, denn noch in keinem einzigen Falle ist es vorgekommen, daß eine Arbeiterzeitung an einer derartigen Schmutzerei beteiligt gewesen ist.

Da wir gerade bei der kapitalistischen Presse sind, so wollen wir auch noch den „Verein deutscher Zeitungsverleger“ erwähnen, der in der vergangenen Woche in Hamburg seine Generalversammlung abhielt. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Verein im verschloßenen Vereinszähle sich nicht nur erheblich verzögert hat, sondern daß er auch im übrigen eine sehr erfolgreiche Tätigkeit entwickelte. Allgemein mit Genugtuung vernommen wurde namentlich die Tatsache, daß es den Bemühungen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger und des Deutschen Buchdruckervereins gelungen ist, den Boden zu gemeinsamer Arbeit zu finden. Ein ständiger Ausschuß ist gebildet, die beiden Vereinen gemeinsame Ausgaben im Zeitungswesen, wie Verkehrsordnung für Insolvenz, Postverpackung, Geheimmittel- und Kurzpulcher-Anzeigen, Papierzollfrage, Urheberrecht usw. der Lösung entgegenzuführen. Die Tagesordnung, die eine Reihe für das Zeitungswesen wichtiger und einschneidender Punkte, wie „Faule Annoncen-Expeditionen“, Pensionsversorgung der

Rebalkuren und anderer Zeitungsbeamten, Kinderarbeit im Zeitungswesen usw. enthält, die sehr lebhafte Verhandlungen hervor und jährte vielfach zur Anstellung entscheidender Leitstühle. Der Vorstand besteht nach den heutigen Wahlen aus den Herren: Dr. Zanecke („Sauvage, Conier“), Vorsitzender, R. Bachem („Mühl. Vollzog“), Stellvertretender Vorsitzender, Dr. Raber („Mögch. Blg.“), Schriftführer, A. Broeschel („Boigland“), Dr. J. Todtner („Düssel. Gen. Ans.“), Otto Alby („Känt. Kärt.“), Nürnberg, Dr. Strittel („Marlschuh“ Blg.“), H. Müller-Palm („Neues Tabl.“), Stuttgart, Dr. Curti („Frisch.“ Blg.“), G. Trowitzsch („Frankf. Ober-Blg.“), Dr. Woyeler („Königsb. Allgem. Blg.“).

Wie man sieht, sind die Zeitungen aller bürgerlichen Parteien vertreten, um sich durch gemeinsame Vorgehen wirtschaftliche Vorteile zu eringen. Liberale, ultramontane, konervative, freimaurerische, parteilose Männer, die sich sonst aufs Rittertum belämmern. Da zieht der neugebackene Reichstagssabgeordnete Dr. Zanecke, ein wachsichter Nationalliberaler und Kulturmäpfer mit Herrn Bachem aus Nürnberg, dem frommen Zentrumsmann, an einem Strange. In den Spezialitäten des Herren Dr. Zanecke gehören seine wütenden Angriffe auf die Katholiken und deren politische Vertretung, das Zentrum. Wiederholte bestiente Herr Dr. Zanecke, daß es keine reine Gemeinschaft zwischen Protestanten und Katholiken geben dürfe, denn der Katholizismus bedeute die Unkultur, die Verderbnis. Und nun ist Herr Dr. Zanecke vom Verein deutscher Zeitungsverleger zum Vorsitzenden gewählt worden, und neben ihm sitzt als sein Stellvertreter im Vorstand Herr Bachem, der fromme Zentrumsmann vor der katholischen „Mühl. Vollzog“! Das gibt doch zu denken. Was ist es, das die Herren, die sich in ihren Zeitungen bekämpfen wie Berserker, vereint und zusammenhält? Es ist das wirtschaftliche Interesse. Dieses steht ihnen höher als religiöse und politische Überzeugung. Mögen die katholischen Arbeiter des Herrn Bachem doch mal fragen, warum er keinen „Verein katholischer Zeitungsverleger“ gründet. Und mögen sie ihn ferner fragen, warum er trotzdem in seiner Zeitung christliche, katholische Arbeitervereine empfiehlt. Was einem Zeitungsverleger recht ist, das muß auch einem Arbeiter billig sein. Wenn werden unsere christlich-katholischen Kollegen einmal lernen, daß sie von ihren Zeitungen an der Nase herumgeführt werden, sich ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Unterschiede zu einer starken Organisation zu vereinen? Und kommt ihnen wieder einmal ein Priester mit der Empfehlung konfessioneller Arbeitervereine, so mögen sie ihn hinweisen auf das kapitalistische Brüderpaar: Bachem, den frommen Zentrumskatholiken, und Dr. Zanecke, den kulturmäpferischen Katholikenfresser.

## Die Ernährung der Arbeiterbevölkerung.

In den Jahresberichten der Gewerbeinspektionen werden alljährlich vereinzelte Angaben über die jeweiligen Ernährungsverhältnisse der Arbeiter gemacht. Während der letzten Jahre wurde daselbst wiederholt das Steigen der Warenpreise als ein Hindernis für eine bessere Ernährung bezeichnet. Immerhin gab man sich aber vielfach der Meinung hin, daß während der Jahre des Aufschwungs die Ernährung der Arbeiter sich im Durchschnitt verbessert hätte. Die fortlaufende Beobachtung in einzelnen Gegenenden während der letzten 10 Jahre, sowie ein Vergleich mit dem Ausland lehrt aber, daß abgesehen von einzelnen besser gestellten Schichten, der überwiegende Teil der Arbeiterbevölkerung noch immer ungenügend ernährt wird. In Großstädten ist ein Fortschritt gegen früher unverfehlbar; auf dem platten Lande dagegen muß noch in einer Weise gespart werden, die es dem Arbeiter nicht erlaubt, sich alltäglich mit kräftiger Nahrung zu versorgen. Es ist eine Tatsache, daß der Fleischverbrauch innerhalb der Arbeiterbevölkerung noch viel zu schwach entwickelt ist. Ein oder zwei Mal in der Woche Fleisch auf dem Tische — das ist zu wenig für eine Familie, in der Mann und Frau sechs, ja sieben Tage in der Woche kaum gezeigt beschäftigt sind. In der Haupstadt wird die Ernährung mit Brot und Kartoffeln bestritten, wo er sehr viel dünnere Kaffee getrunken wird. Schon an der Ernährung der Kinder muß gespart werden. Gute Milch ist zu teuer, um sie in ausreichendem Quantum für die kleinen zu kaufen, und andere Milch ist den Kindern nicht befähiglich. Der Butter- und Eierverbrauch, der früher auf dem Lande verhältnismäßig stark war, geht zurück. Schmalz und noch mehr Margarine bürgern sich ein. Wir wollen nun gewiß nicht leugnen, daß die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung während eines längeren Zeitraumes betrachtet, sich immerhin wesentlich gebessert hat, aber gerade die Ernährung hat sich lange nicht in dem Maße gehoben, wie es vielfach angenommen wird. Eine bessere Ernährung der Arbeiterbevölkerung liegt aber nicht nur im Interesse der Arbeiter allein,

söndern sie steigert direkt auch die Leistungsfähigkeit unserer Industrie, im weiteren aber die Wehrfähigkeit unseres Volkes. Es ist ein bedenkliches Zeichen, daß die Länder, mit denen wir in Industrie und Handel auf dem Weltmarkt in erster Linie wetteifern, ihre Arbeiter besser ernähren wie Deutschland. Wollen wir auf industriellen Gebieten weiterhin mit an der Spur marchieren, so ist es die Pflicht der deutschen Wirtschaftspolitik, dafür Sorge zu tragen, daß dem deutschen Arbeiter die Möglichkeit geschaffen wird, sich ebenso gut zu ernähren, wie es der englische und amerikanische Arbeiter kann. Gegenüber diesen Ländern steht die Ernährung unserer Arbeiterbevölkerung leider noch weit, sehr weit zurück. Wir haben während der letzten zehn Jahre noch nicht einmal ernsthaft den Versuch gemacht, den Unterschied, der zwischen der Lebenshaltung der deutschen und englischen Arbeiterbevölkerung besteht, auch nur teilweise auszugleichen. Dieser Unterschied in der Ernährung bildet aber eine große Gefahr für die Leistungsfähigkeit der ganzen deutschen Produktion. Der preußische Finanzminister v. Rheinbaben, der auf der Rückfahrt von seiner Rundreise in den Vereinigten Staaten begriffen ist, hat sich in einer Unterredung über den Gesamteindruck geäußert, den er von den wirtschaftlichen Verhältnissen der Vereinigten Staaten empfangen hat. Er bewundert die amerikanischen Arbeitsmethoden, die Spezialisierung der Fabrikation, sowie die reiche Verwendung überraschend leicht ersparnder Maschinen, die die Produktionskosten verringern. Über den amerikanischen Arbeiter, das Produkt einer reichen und fröhlichen Ernährung, hat er sich allem Anschein nach nicht näher angesehen. Und doch gehört zu dem fortgeschrittenen Produktionsapparat der Vereinigten Staaten auch die gut ernährte Arbeiterklasse, ohne die der sonst gute Apparat nicht funktionieren würde. In England erlebt man die wahre Krise der Überlegenheit der amerikanischen Industrie schon viel besser als bei uns in Deutschland, obwohl der englische Arbeiter nicht so weit hinter dem amerikanischen zurückbleibt, wie der deutsche. Eine englische Kommission, die den Ursachen der industriellen Superiorität Amerikas nachforschte, kam zu dem Resultat, daß diese zu einem großen Teil in der höheren Leistungsfähigkeit des amerikanischen Arbeiters zu suchen sei. Woher röhrt aber diese? Darüber lassen die Teilnehmer der englischen Unternehmenskommission nicht den mindesten Zweifel. So sagt z. B. Mr. Mosely: „Der echte Amerikaner ist besser vorgebildet, wohnt, nährt und kleidet sich besser, ist energetischer, als sein britischer Kollege.“ Und nach Mr. Pistor steht der amerikanische Arbeiter seiner Lebenshaltung nach weit über dem europäischen Arbeiter. Die Arbeitsverhältnisse enthalten zumeist vier Zimmer, Küche und Badezimmer, das einzige benutzt wird, und eine kleine Veranda vor dem Hause.“ Fleischnahrung ist allgemein und es wird täglich Fleisch gegessen. Es kann kaum ernsthaft bestritten werden, daß die bessere Lebenshaltung die Leistungsfähigkeit einer Arbeiterklasse steigert. Wenn dem aber so ist, so hat Deutschland alle Ursache, seine Wirtschaftspolitik in solche Bahnen zu lenken, daß dadurch eine Verbesserung der Lebenshaltung unserer Arbeiterklasse möglich wird. So wie die Ernährungsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter auf dem Lande zur Zeit liegen, sind wir für die kommenden Kämpfe auf dem Weltmarkt noch lange nicht hinreichend gerüstet, ja, wir laufen sogar Gefahr, ein Geschlecht heranzuziehen, dessen körperliche Leistungsfähigkeit hinter derjenigen der lebenden Generation noch zurückbleibt. Was muß alle Sozialpolitik gegen einzelne ungewöhnliche Erscheinungen unseres gesellschaftlichen Lebens, wenn es uns nicht gelingt, die stärkste Schicht der Bevölkerung wirtschaftlich so zu stellen, daß den sozialen Missständen zu ihrer Entwicklung der Boden entzogen wird. Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik ist daher weit heißer als alle an Symptomen herumfrierende Sozialpolitik.

### Aus München.

Bekanntlich erscheint hier ein Witz, der einzige und allein zur Befriedigung persönlichen Ehregeizes dient und hauptsächlich darauf berechnet ist, unsere Vereinigung resp. die Münchener Künstler bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten anzutremeln. Unsere Kollegen werden sich darüber nicht wundern, wenn sie hören, daß der Verfasser solcher Witze unser Erfolge August ist, der sich seit Jahren den verzweifeltesten Anstrengungen unterzieht, durch unglaublich auffällige Maßnahmen in gewerblicher und politischer Beziehung die Treppen wieder hinaufzufallen. Über auch selbst die ständige Anpöbelung der „sozialdemokratischen“ Partei (in wohlbedachter Weise), wodurch jedoch nur humoristischer Erfolg erzielt wird, vermöchte es bislang nicht, die heißegehrte Rehabilitierung herzustellen. Da ja der Schmerz ist groß, armer August und wir „paar Mandln“ Münchener Malergehüßen verstehen ihn zu würdigen, wenn wir Zeit haben. Nehmen doch nicht einmal die bekannten Fachblätter unseres Gewerbes von Deiner armelangen geistigen Speise mit einer Silbe Notiz, wie sehr Du auch klug und witterst über — Konkurrenz! Doch lächerlich, der Schlüssel des für Dich gordischen Knotens liegt darin: „Gezählt, gewogen und zu leicht gefunden!“

Kürzlich brachte August über die Arbeitsvermittlung der Malerinnung in München einen Überblick über die Arbeitsvermittlung der Innung, gleichzeitig auch des städtischen Arbeitsamtes, sowie des Verbandsarbeitsnachweises und verzapfte im Anschluß hieran folgende Weisheit:

Hieraus ist zu ersehen, wie gering die Zahl der vom städtischen Arbeitsamt besetzten Stellen ist und wie wenig der Nachweis der Gehüßen in Betracht kommt. Interessant ist die folgende Bemerkung des Arbeitsnachweises der Gehüßen:

Die Lage im Monat Mai war für München und Umgebung sehr günstig. Es blieben bei unserer Arbeitsvermittlung 21 Stellen unbesetzt, weil keine Arbeitskräfte vorhanden waren.“

Erstens bezeugt diese Bemerkung, daß die Gehüßen (sechzehn sozialistisch) die Lage des Arbeitsmarktes nach der Frequenz ihres Nachweises beurteilen, wo im Monat nur „paar Mandln“ vermittelt werden, zweitens bezeugt sie, wie ungerechtfertigt die Leiter der Gehüßen Notizen in ihrem Organ verbreiten. In Nr. 15 des „Vereins-Anzeiger“ war zu lesen:

Die Münchener Malerinnung sucht in den Tagesblättern schon wieder Gehüßen, trotzdem — und nicht von den schlechtesten — noch genug arbeitslos das Blatt zu treten.

Sie will, wie es scheint, den Trick vom vorigen Jahr wiederholen und recht viele Arbeitskräfte heranziehen, um die Löhne drücken zu können. Voriges Jahr glitt es der Innung, vielmehr den Hauptmännern, heuer aber kann, denn anstänige Innungsmännchen halten sich über derartige Machinationen bereits auf. Daß der Innungsnachweis schlecht benutzt wird sc. ec.

Abschaffen von dem Wahre, in welchem die Gehüßen, d. h. die paar organisierten besetzen sind, frappiert nur das eine, daß unter diesen nicht einer ist, der den Nutzen hat, offen zu bekennen; „daß mit Lügen und Verdrehungen noch niemals etwas erreicht“ und daß es höchste Zeit sei, zur Wahrheit zurückzufahren.“

Da unter der Spur solcher „Witze“ der Weizen nur sehr spärlich verteilt ist, haben wir uns bisher nicht veranlaßt gefühlt, auf all die unsinnigen Behauptungen und Entstellungen, welche so zufällig darin wuchern, einzugehen, wollen jedoch einmal obigen Ergebnis einer näheren Beleuchtung unterwerfen.

Dass wir den Arbeitsmarkt nicht allein nach der Zahl der von uns vermittelten Stellen, sondern nach dem Grad der tatsächlichen Arbeitslosigkeit, dem Stand der Beauftragten usw. beurteilen, geht gerade aus unserer oben zitierten Bemerkung im „Arbeitsblatt“ hervor, da wir sonst umgedreht schreiben müßten. Die 21 unbefestigten Stellen beziehen sich fast alle nur auf auswärtige Arbeitsangebote. Wir sind über der unmaßgeblichen Meinung, daß eine Organisation, auch wenn sie nur „paar Mandln“ im Monat vermittelt, am ehesten berufen ist, eine Übersicht über die Lage des Arbeitsmarktes zu geben. Was mit „recht sozialistisch“ gemeint ist, können wir in unserm beschränkten Untertanenverstand schlechtdings nicht begreifen, wohl aber zeugt die Heranziehung der Notiz aus Art. 15 des „B.M.“ davon, daß August alles vergessen und nichts gelernt hat. Es wurde nämlich seinerzeit an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß in einer Großstadt die Arbeitsverhältnisse tatsächlich groÙe Veränderungen erfahren. Dieses sollte für eine Leichte, wie August sein will, eine Binsenweisheit sein; trotzdem sucht er eine im Führer ausgewichene Behauptung auf die Hochsatz zu beziehen.

Ungeheuer beweisen die großen Zahlen des Innungsbuchhaltens, daß viele Gehüßen so und so oft im Monat vermittelt werden, weil sie keine anständige Stelle erhalten könnten. Passierte es doch erst jüngst einem Kollegen, welcher als selbständiger Dekorationsmaler, nach auswärtig vermittelt wurde, daß er, dort angekommen, das Fachwerk einer Fassade mit Lehmfarbe streichen sollte und deshalb sogleich wieder abdampfte. Letzteres Beispiel soll nur zeigen, daß bei unserer vielgerühmten Zwangsinnung auch nicht alles, was glänzt Gold ist. Die Kollegen seien hierbei jedoch außerordentlich gemacht, daß die geringe Frequenz des Gehüßenbuchhaltens seitens der Meister hauptsächlich der Gleidgültigkeit der Kollegen zuzuschreiben ist, welche, statt uns durch fleißige Benutzung und Agitation zu unterstützen, die Innung überlaufen und so derselben Vorschrift leisten.

Der Streit unserer Kollegen in Stuttgart bietet August ebenfalls wieder Gelegenheit, seine verfaßte Persönlichkeit in empfehlende Erinnerung zu bringen und zu zeigen, wie unrecht die süddeutschen Malermeister handeln, daß sie nicht samt und sondes den großen Verband beitreten, um wenigstens das dritte Hundert voll zu haben. August entblödet sich deshalb nicht, die Forderungen der Gehüßen, 38 1/2 Minimallohn für Gehüßen unter achtzehn Jahren und 45 1/2 die Stunde Minimallohn für die übrigen als „mutwillige Provokation der Meister“ hinzustellen. Nun, auch die Studenten Meister werden ihre Pappenheimer kennen, geht doch schon daraus her vor, wie fühl sie den Münchener kleinen Herrn gegenüberstehen, daß sie dem demnächst stattfindenden Verbandstag so wenig Interesse zeigten, daß eigens der Vorsitzende nach Stuttgart fahren mußte, um wenigstens die Delegierten ein Versammlungskoal zu finden. Das nennt die Welt Wech haben!

Dass auch der Schmerz über das im vorigen Jahre bereitete Innungsschiedsgericht noch immer nicht verwunden ist, zeigt eine Notiz des Witzes über den Segen der Gewerke, wo es August tief befiegt, daß in einer fürchterlich vorgekommenen Klagesache der betr. geplagte Meister dreimal zur Verhandlung laufen mußte, und bezeichnete es als eine Frechheit von solchen Leuten, wo es August tief befiegt, daß bei einer Meister ohne Grund verklagen. Nach seiner Meinung haben die Gehüßen natürlich viel mehr Zeit und Geld übrig, auch wenn sie wegen einer gerechtsameitigten Sache erst vor Gericht streiten müssen.

Es scheint überhaupt, als ob U. den ganzen Kobl mir fabriziert, um seinen Witz vollzutragen, da er für sein Gehalt doch etwas tun muß. Er würde jedoch bedeutend besser tun, wenn er seine schriftstellerische Tätigkeit auf ein anderes Gebiet verlegen würde, statt wie oben, den paaren Organisatoren auch noch den Rat zu geben, zur Wahrheit zurückzufahren, was sich um so komischer ausnimmt, als U. bekanntlich Meister in der Kunst ist, den Mantel nach dem Winde zu hängen.

Unsere Kollegen mögen jedoch heraus erkennen, daß sie sich an die Organisation anzuschließen haben. Nur vereint können wir ein starkes Gegengewicht gegen das Prozentum der Herren bilden, welche unsere minimalsten Forderungen brutal ablehnen und auch in München wäre es an der Zeit, geordnete Zustände zu schaffen.

### Kongress der Maler Frankreichs zu Bourges 1902.

(Schluß.)

Darauf verliest Graissac den Kassenbericht. Die Einnahmen hätten die Ausgaben gedeckt, wenn die zurückgetretenen Organisationen ihre Beiträge bezahlt hätten. Der andere Grund der schwachen Kasse sind die Ausgaben für diesen Kongress, die durch den Beitrag von zwei Francs, den jede angehörige Organisation pro Monat bezahlt, nicht aufgewogen werden. Man darf auch nicht vergessen, daß sämtliche Centralverbände auch noch zentralisiert sind, d. h. sie gehören dem Allgemeinen Arbeiterbund (Confédération générale du Travail) an. Witt dieser Ehre ist auch eine Zahlung von 12 Francs pro angehörige Organisation (Sektionale) verknüpft. Die Druckerei von Roche in Carmaux kostet noch 94.60 Francs für den „L'ouvrier Peintre“, der niemals auf seine Spesen kam. Auch muß man bemerken, daß der Kollege Testaud ungefähr 30 Francs zurückbehalten hat, als Kassierer des „L'ouvrier Peintre“, die er auf wiederholte Mahnungen noch nicht herausgegeben.

Hierauf entspannt sich eine rege Diskussion über diesen Bericht und über den Kollegen Testaud. Es wird beschlossen, Kollegen Testaud den Entschluß des Kongresses zu überwinden.

Nach Schluß der Sitzung begeben sich die Delegierten zum Bürger Baillant, um ihm für das Verbot, das der Bürgermeister von Bourges, als erster von Frankreich, in seinem Machtbereich gegen das Verarbeiten von Bleiweiß erlassen hat, zu danken.

In der Sitzung am 1. September (abends) fordert Buchard die Generalversammlung auf, sämtlichen in Streits befindlichen Arbeitern ihren Brudergruß zu überleben.

Robert teilt nicht die Meinung, denn es gehört sich eher ihnen materielle Hülfe zu überreichen, aber die Verbandsliste erlaubt es leider nicht.

Der Präsident gibt bekannt, daß hier ein Vertreter der Wandsteinwandbranche anwesend ist und da dies Gewerbe der Malerei ähnlich sei, so verlangt der Delegierte, Don diot, im Namen seines Syndikats die Aufnahme derselben in die Federation. Der Kongress beschließt demgemäß.

Garet verlangt, daß eine medizinische und hygienische Kommission die sämtlichen schädlichen Materialien untersuchen soll, die noch zu Bleiweiß die Gesundheit der Arbeiter schädigen; z. B. Alcali, Bengaline und andere, die in Paris verwendet werden.

Graissac teilt mit, daß sich Dr. Augier, Leiter des Laboratoriums für Giftuntersuchung an der Pariser Polizeipräfektur, dem Hauptvorstand zur Verfügung gestellt hat, um eventuelle Gutachten gratis abzugeben.

Robert fragt an, ob man sich mit der Regelung des Gebrauchs von Bleiweiß zufrieden geben soll, wie sie das Dekret vom 18. Juli vorschreibt. Er ist nicht der Meinung, man müsse vielmehr das gänzliche Verbot erreichen. Ebens bedauert er, daß das Dekret nichts gegen Minium enthält, das noch gütiger sei als Bleiweiß.

Darauf ergreift Graissac das Wort zu den einzelnen Artikeln des Dekrets; er führt aus:

Art. 1 besagt, daß nur Bleiweiß in Teigform gebraucht werden darf.

Art. 2 verbietet, Bleiweiß mit bloßen Händen anzu-

fassen; der Art. 3 ist nicht so leicht zu verwenden, speziell in der Provinz.

Art. 4 handelt über Lieferung von Kleidern, feststehenden Mäuse, speziell am Hals und den Händen, dazu eine feststehende Hose und ebenso eine Kappe. Die Unternehmer haben solche zu liefern und im reinlichen Zustande zu halten. Sie sollen ihren Arbeitern eine Mütze, Schürze, Hahn- und Nagelschuhe und Wasser in genügender Menge liefern. Höchstens drei Arbeiter können sich in derselben Schüssel waschen. — Auf Anraten der Hygienischen Kommission wurden diese Vorschriften von den höheren Verwaltung der Arbeitsinspektoren aufgestellt.

Don diot führt aus, daß sie früher in ihrem Gewerbe viel Bleiweiß verbraucht hätten in der Wandsteinmalerei. Auf vielseitiges Verlangen hat man die Masken eingeführt, die sich aber nicht bewährt hat. Durch ihre Einführung hätten sie aber bis zum vollständigen Unterdrücken des Bleiweiß gebracht, und was die Arbeitsinspektoren anbelangt, so hätten diese sich bei Gelegenheit ihrer Besuche niemals arbeiterfreudig gezeigt.

David erklärt, wie sich sein Syndikat mit dem Arbeitsinspektor in Verbindung gesetzt hat, derselbe hätte keine Schwierigkeit gemacht; im Gegenteil, er wäre sehr eifrig in Erfüllung seiner Pflicht.

Graissac meint, daß man sich auf die Arbeitsinspektoren allein nicht verlassen soll, vielmehr müsse die Vereinigung die Malerabstellungen überwachen. Robert ist der selben Ansicht und wiederholt den Wunsch früherer Kongresse, daß die Arbeitsinspektoren nur durch und aus den Arbeiterverbänden gewählt werden sollen.

Fontaine teilt mit, daß in Bourges die Mehrzahl der Meister der Abschaffung des Bleiweißes nicht feindlich gesinnt sei.

Robert fordert sämtliche Syndikate der Provinz auf, daß, wenn irgendwelcher Arbeitsinspektor seiner Pflicht nicht nachkommt, diese es sofort dem Hauptvorstand melde, denn da derselbe seinen Sitz in Paris hat, kann er bei den Regierungsräumen wirkliche Vorstellungen machen. Der Abgeordnete des Departements Eure, Breton, der in der Versammlung erschienen ist, gibt die nötigen Erklärungen über seinen Gesetzesentwurf. Auf eine Frage erwidert er, daß sich das Projekt über sämtliche Provinzen erstreckt. Dann wird eine Resolution angenommen, die sich für den Kampf gegen das Bleiweiß und andere Gifte ausspricht und dem Abg. Breton ihre Sympathie auspricht.

Robert ist dafür, daß man für den 8-Stundentag energisch eintreten muß. Auch die Lehrlingsfrage gäbe zu bedenken; er zitiert Beispiele, die sich mit den unerträglichen vollständig decken. Er fordert die Generalversammlung auf, die diesbezügliche Resolution anzunehmen.

Borchon verlangt, daß in Nevers noch 11 Stunden gearbeitet wird.

Robert sagt, daß in Bourges sogar während drei Monaten bis zu 15 Stunden gearbeitet wurde; die Folge davon sei die ungeheure Arbeitslosigkeit.

Don diot verlangt die Gründung einer Arbeitslosenfeste.

Buchard führt aus, daß es noch andere Mittel gibt, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen: Einschränkung der Lehrlinge, Abschaffung der Nichtgelehrten etc. David spricht von der Altordarbeit, als auch einer Urteil der Arbeitslosigkeit; dieelbe wäre leicht zu unterdrücken, wenn die niedrige Ausführung der Arbeit den Baumeistern, Hauseigentümern, überhaupt allein für die geleistet wird, bekannt gegeben werde. Was die Schaffung von Arbeitslosenfests in der Vereinigung anbelangt, so ist der Redner, trotzdem doch er die Idee im Prinzip gut befindet, doch nicht dafür, denn man muß zuerst jaen und dann ernten. Das heißt zuerst die Macht und Stärke der Organisation sichern, um die Ausführung von Malerarbeiten durch Soldaten und Straßenarbeiter zu verhindern. Was die Sonntagsarbeit und Überstunden anbelangt, werden diese, wenn der Stundlohn dafür verdoppelt wird, bald ganz verschwinden. Zur Lehrlingsfrage bemerkt er, daß der Lehrling nach der ehrlicher Lehrzeit eine Gesellenprüfung zu bestehen habe; sein Lehrbrief müsse von einer Fachschule oder Syndikat belegt werden.

Graissac spricht zu Gunsten des 8-Stundentages; die Löhne müßten dermaßen sein, daß man anständig leben könnte. Er spricht von den Erfahrungen, die man mit dem 8-Stundentag in England und Amerika gemacht habe. Über wovor unsere Kapitalisten zurückschreien, daß ist der Umstand, daß die Arbeiter ihre freie Zeit zur Erweiterung ihrer Bildung verwenden würden, was dann zur Abschaffung der Privilegien führen müßte. Die sozialistischen Gemeinden könnten in dieser Beziehung mit ihren Angestellten Versuche machen.

Fontaine spricht über Arbeiter-Produktivgenossenschaften und bringt folgenden Antrag ein: „Da die Ursachen der Arbeitslosigkeit so viele sind, und ihre Folgen schrecklich für die Arbeiterschaft unserer Korporation, so verlangen wir, daß sich die Generalversammlung mit der Gründung von Arbeiter-Produktivgenossenschaften beschäftigt, die ein sicheres Mittel zur Förderung der Wohlfahrt und Emanzipation sind, und die mit einem 8-Stundentag viel zur Befreiung der Arbeitslosigkeit beitragen können.“

Robert spricht sich entschieden gegen die Arbeiter-Produktivgenossenschaften aus; dieselben wären viel

schlimmere Ausbeuter als die Meister selbst, da sie sich durch einen lägenhaften Deckmantel geborgen glauben.

Davids Tod führt aus, auf welche Art die Arbeiterschaftsverbünden gejündigt hat; dieselbe habe Soldaten beschäftigt. Wenn man solche Genossenschaften gründet, so gründet man damit einen Kern von „Frieden“; die dann für unseren Kampf verloren gehen.

Der Antrag wird mit großer Majorität abgelehnt. Dann wird über die Statutenberatung diskutiert. Das ist ein Punkt, den die Gegner Robert's und Craissac's gegen diese ausnutzen wollen.

Wuchard führt aus, daß das Syndicat des Peintres de la Seine, Robert zum Kongreß nach Lyon 1901 gesandt hat, um Craissac zu bekämpfen. Derselbe wäre dann als Sekretär zurückgekehrt mit Craissac, als Vorsitzender der Fédération.

Nach den Erklärungen der beiden Angegriffenen erreicht David das Wort für Craissac und Robert und erwähnt in warmen Worten die Verdienste der beiden um die Vereinigung. Er fordert die Versammlung auf, ihnen ihre Sympathie auszusprechen. Dasselbe erfolgt mit großer Majorität.

Die Statuten bestimmen die Verkürzung der Arbeitszeit (8 Std.), Lohnerhöhung, die Gesetze zu überwachen, aus denen die Arbeiterschaft Nutzen ziehen kann und die Zentralisierung sämtlicher Maler-Syndikate (die monatlich 3 Mrd. zu zahlen haben).

Regelmäßige Unterstützungsabwege hat die Fédération noch nicht. Die Verwaltung geschieht durch den Conseil Fédéral, der aus 11 Mitgliedern besteht.

Robert und Craissac sind wiedergewählt.

Welche die hat eine Kontrollkommission zu machen.

Berichten über Streiks sind wie bei uns: Man soll Streiks vermeiden, wo nur irgend möglich; wo es unvermeidlich, da man der Conseil Fédéral zuerst in Kenntnis gesetzt werden über die Ursachen derselben und die Zahl der eventuellen Streikenden ihm.

Die Generalversammlung wird alle zwei Jahre abgehalten; in dringenden Fällen braucht diese Zeit nicht eingehalten zu werden. Auf derselben kann sich jedes Syndicat durch einen Delegierten vertreten lassen; auch kann ein Delegierter mehrere Syndicats vertreten.

Artikel 24 bestimmt, daß sich der Conseil Fédéral mit ausländischen Syndikaten und Verbänden in Verbindung setzen soll, zwecks Gründung einer internationalen Malervereinigung.

## Lohnbewegung.

Zugang nach Brandenburg und Stuttgart muss strengstens ferngehalten werden!

**Graudenz.** Am 26. unseres Vereins Zeigers haben wir den Kollegen Deutschlands mitgeteilt, welche Forderungen wir unseren Meistern unterbreiteten haben. Wir veröffentlichten auch einigermaßen das Resultat der Unterhandlungen in den Kommissionen. Glaubten wir, die Arbeitgeber würden es auf einen Streik nicht ankommen lassen, so hatten wir uns arg getäuscht. Nach jener bornierten und trüpphaften Verhandlung haben wir bis zum 4. Juli keine Antwort erhalten und waren wir gezwungen, die Arbeit am 6. Juli niederzulegen.

Zu 17 Betrieben waren am 4. Juli 62 Kollegen beschäftigt, von denen 60 die Arbeit am Montag, den 6. Juli einmütig niedergelegt. Zwei Kollegen wurden später noch nachgeholt, so daß 62 als Ausländer zu betrachten sind.

**Siebzehn Ausländer fungieren als Streikbrecher.** Von den 62 sind verheiratet 19 Kollegen mit 35 Kindern, 43 ledig. Von diesen sind abgereist 21, auf Reisearbeit 6 beschäftigt. Somit sind 35 Kollegen mit 35 Kindern zu unterstützen.

Die „Herren im Hause“ scheinen sich vorläufig sehr bedeckt zu stellen, weil sie mit uns nicht verhandeln wollen. Zu allerlei Mitteln, die der Kontakt nicht entbehren, greifen sie. Die Zeitungen werden benutzt, um der Öffentlichkeit ein ganz falsches Bild von der Bewegung zu geben. Entblödet der Scharfmacher Schulz sich doch nicht, in einem „Gingesandt“ im „Brandenburger - Gefestigten“ dem Publikum zu unterbreiten, daß der Streik plötzlich ausgebrochen wäre, daß sie pro Stunde 2 M. zulegen wollten, um den Streik zu verhindern, daß das Jahresinkommen der Malerhelfer 1000 bis 1500 M. beträgt und dergleichen Dummheiten resp. Lügen mehr. (Eine richtige Antwort unsererseits blieb nicht aus.) Um das von uns Ausgesprochene zu beweisen, folge ein Ausszug aus unserer aufgenommenen Statistik über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, an welcher sich 42 Kollegen aus 15 Werkstätten beteiligen. Es wurde in 15 Klassen folgendermaßen gelöst:

1 Kollege 23 M. pro Stunde, 1 27, 7 28, 1 28½, 19 30, 1 31, 2 32, 5 33, 1 34, 4 35. Und nur zwei Kollegen (Spezialisten) erhalten 45 M. pro Stunde. Diese beiden scheiden auch bei der allgemeinen Statistik für uns aus.

Demnach beträgt der durchschnittliche Lohn eines Malerhelfers in Brandenburg 30½ M. pro Stunde bei einer 10-, 11- und 12stündigen Arbeitszeit; das macht bei 11stündiger Arbeitszeit pro Tag 33½ M. pro Woche 19.89 M.

Demnach wurde ein Gehölz hier, wenn man 26 Wochen volle Sommerlöhne — was noch nie dagewesen ist — und 13 Wochen mit 11stündiger Arbeitszeit rechnet, mehr als 39 Wochen Arbeitsgelegenheit können wir hier nicht im Jahre rechnen, denn nur ganz vereinzelt haben das Glück, durchzuarbeiten; die meisten Kollegen feiern 5-6 Monate), also zusammen für 39 Wochen, ein Jahreseinkommen von sage und schreibe 726.84 M. haben.

Sollten die Malermeister aber so „akkuliert“ haben, daß sie in einem Jahre 52 Sommerwochen arbeiten ließen, so würde der Durchschnittslohn nicht mehr als 1032.28 M. betragen. Da es aber in unserem Gewerbe hier in Brandenburg noch nie vorkam, im Jahr 52 Sommerwochen zu arbeiten, so hat Herr Schulz sich unbedingt „akkuliert.“

Wo bleibt aber dann das Einkommen von 1500 M. Herr Schulz? Um Antwort wird gebeten!

Dann soll der Streik plötzlich ausgebrochen sein! Haben die Herren denn wirklich die Verhandlung, wo sie mit der Kommission Aug' in Aug' saßen, schon vergessen? Na, in der Kundtagsschule und der jetzigen Vierregung haben wir ja Verständnis für einen derartigen Irrtum.

Doch die Herren, um den Streik zu vermeiden, schon 2 M. pro Stunde zulegen wollten und weiterer erachtete Forderungen bewilligt haben, erkennen wir ja zum Teil an, aber ob wir damit zufrieden sind, ist eine andere Frage. Tarifvereinbarung, zehn Stunden täglich Arbeit und Minimallohn halten wir bis zum letzten Augenblick hoch.

Auf die anderen Verbrechungen und Verstimmungen der „Herrn“ werden wir des Stammangels halber nicht eingehen.

Zum Schluß wollen wir nur bemerken, daß in vielen Städten Deutschlands unsere Kollegen Tarifverträge erlangt haben, wir in Brandenburg haben eingeschenkt und gelernt, daß ohne Kampf nichts zu erreichen ist. Weil wir dieses wissen, werden wir durch die Kraft der Organisation bis zum letzten Augenblick ausstehen. Schon viele Innungen haben die Organisation nicht anerkannt wollen, — auch hier ist dies der Fall — sie haben es aber durch die Einmütigkeit der Kollegenschaft müssen. Auch hier werden die „Herren“ die Vereinigung mit ihrer Stärke kennen und fühlen lernen. Daraus: Hoch die Organisation!

Der Streik in Stuttgart dauert unverändert weiter. Da der „Münchener Wiss.“ doch keine Wirkung ausübt, probieren die Herren es mit dem Annoncieren in auswärtigen Mätern. So erschien z. B. im „Mainzer Anzeiger“ folgende Annonce:

Maler gesucht nach Stuttgart.  
Wegen Streiks werden hier circa 400 Maler gesucht — verschiedene Kräfte — gesucht, da hier auch die alten, schon viele Jahre überwintereten Gebüsche streifen. Der Lohn beträgt 40—60 M. die Stunde, je nach Leistung. Es wäre wünschlich Gelegenheit geboten, sich hier eine dauernde Stellung zu gründen. Esserten sind zu richten an unser Bureau: Restaurant Friedrichsbau Zimmermaler.

Werden aber hier die „wanderlustigen“ Mainzer Kollegen in hellen Häusern nach Stuttgart ziehen, angelockt durch die Ansicht „überwinterte“, hochgelobte Gebüsche zu werden. Das einzige Gute an diesem Besuch ist, daß es offen und ehrlich ist. Da weiß ein jeder unanständige Kollege, wenigstens, daß er nicht nach Stuttgart gehen darf.

## Aus unserem Berufe.

+ Berufsunfall. Auf einem Neubau in der Planitzstraße zu Chemnitz starb am 3. Juli unser Kollege Ernst Paul infolge Bruches einer Knoxe, auf der er mit einem Kollegen gearbeitet hatte, etwa 2 m hoch herab und zog sich dabei einen komplizierten Unterschenkelbruch zu. Er wurde auf Anweisung eines Arztes sofort dem Krankenhaus überwiesen. Vergangen Woche starb in Duisburg der Amerikaner Kapp von einem Gerüst herab. Schwerverletzt brachte man ihn nach dem Krankenhaus. — **Hamburg.** Unserer Anforderung, bei Unfällen einer besseren Berichterstattung nachzukommen, leistet als erster unser auf dem Heilbühnen Neubau verunglückter Kollege Weiß Folge. Wir erfahren, daß er voraussichtlich noch lange im Krankenhaus verbleiben wird und wie er wegen des Getüftes oft mit dem Polizei zusammenkommt, leider ohne Erfolg, bis das Unglück eintrat. Weiter teilt uns Kollege Weiß mit, daß zwei neue Töchter in einer Woche zugelassen sind und zwar Kollege Batein, der im Krankenhaus beschäftigt war und dabei mit einer Trittleiter umfiel, wobei er außer einer Kopfverletzung sich einen Arm auszte und den anderen brach; ferner der Malerarbeitermann Hummel, der beim Fenstereinhängen in der Planitzstraße von der zweiten Etage herab auf die Straße fiel und sich einen Beckenbruch und innere Verletzungen zuzog. — Ungewöhnlich groß ist die Zahl der Töter, die aus dem Schlachtfelde der Arbeit fallen; umso dringender muß alljährlich der Ruf erhoben werden nach einem ausreichenden gesetzlichen Arbeitsschutz.

+ Die Malerinnung in Dortmund nahm nach einem Vortrag, in dem der Redner eindrucksvolle Fälle anschwirrte, wonach von Männern Gutachten abgegeben werden, die oft gar nicht in der Lage sind, ein zutreffendes Urteil abzugeben, einstimmig den Antrag an, den Herrn Landgerichtspräsidenten zu bitten, dahin zu wirken, daß bei Prozeßsachen, welche das Maler- und Kunstreicherwerbe betreffen, Gutachten aus den Reihen bewährter und fachmännisch geschulte Meister entnommen werden. Als die „richtigsten“ und „fachmännisch geschulten“ Gutachter gelten bekanntlich die Herren Obermeister. Ganz gibt es Obermeister, die erfahrene Praktiker sind und sich durch ihre Tätigkeit das Vertrauen ihrer Kollegen erworben haben, aber wir kennen auch Obermeister, die selbst nicht wissen, weshalb gerade sie zu diesem Posten erhoben wurden und auch solche, die nicht einmal eine Lehrzeit aufzuweisen haben, vielmehr früher in einem anderen Berufe tätig waren, später vielleicht als Arbeitssmann bei einem Malermeister ihre Laufbahn weiter fortsetzen, um eines schönen Tages als „Meister“ sich zu repräsentieren.

Wie es mit den Gutachten mancher Obermeister aussieht, haben wir unseren Kollegen in der „Blätter“ zum Teil schon unterbreitet. Wir werden gelegentlich weitere „Gutachten“ folgen lassen, möchten aber schon im voraus unsere Kollegen der betreffenden Orte bitten, dann hierzu Stellung zu nehmen und uns umgehend die „Richtigstellungen“ zu senden.

## Versammlungs-Berichte.

**Hamburg.** In der Sektionsversammlung der Fackel vom 27. Juni ersuchte Kollege Knapp, daß Kollege Apitz seinen Sitzen im Hauptvorstande niedergelegt soll, um das Amt als Sektionsführer weiterführen zu können. Diesem Ansuchen wurde von den übrigen Rednern ganz energisch gegenübertreten, unter der Motivierung, daß es sehr zweckmäßig sei, daß auch ein Lackierer Sitze und Stimme im Hauptvorstand habe. Darauf wurde mit großer Majorität Kollege Peter als Sektionsführer gewählt und als Vertreter Kollege Gründke Godam berichtet Kollege Apitz, daß wie bereits bekannt gegeben, der Beitrag in den Sommerwochen auf 45 M. erhöht wurde, unter Fortfall der sonstigen Marken. Apitz ersucht die Versammlung, sich hierüber zu äußern und erhält das Wort Kollege Knapp. Der Letzte führte aus, daß es eine heiße Sache mit der Beitragserhöhung sei, insbesondere den indifferenten Kollegen gegenüber, welche zur Annahme herangezogen werden, denn das erste, was gefragt werde, sei: „Was habe ich dafür?“ Deshalb sei es sehr gut, daß wir unser ganzes Streben dahin führen, nach abgelaufener Farenzeit für die Arbeitslosenunterstützung einzutreten, um die Kollegen, insbesondere den fernstehenden mit einem wichtigen Faktor aufzuwarten. Nach diesen Ausführungen erläutert sich die Versammlung für ein festgesetztes, einheitliches Verhältnis und soll dieser Beschluss im „Vereins-Anzeiger“ bekannt gegeben werden. Zum Sommerbeginn genügen der Lackierer wird eine Kommission von drei Mann gewählt, um mit der Filiale das Weitere zu veranlassen. Bemerkt wird von Apitz, daß die Kollegen verpflichtet sind, wenn sie vom Arbeitsnachweis den Arbeitsschein erhalten haben, die Arbeit auch anzutreten.

## Gewerkschaftliches und Soziales.

— Das höhere Beiträge feineswegs einen Rückgang. In der Mitgliederzahl bedeuten, ist genug durch die gewerkschaftliche Erfahrung bestätigt. Dies bedeutet auch der Vorstand der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter in seinem Meisterschaftsbericht, in dem auf die mit einem besetzten Beamten erreichte Gründung eines eigenen Sekretariats für die Berliner Filialen dieses Verbandes hingewiesen wird. Dieser Vorstand stieß anfangs auf großen Widerstand, da die Errichtung des Sekretariats die Erhebung eines Volkszuschlags von 5 M. pro Woche notwendig machte. Die Opposition befürchtete natürlich, daß in diesem Falle ein nicht unerheblicher Teil der Berliner Mitglieder dem Verband den Rücken kehren würde. Einige Verbandskollegen weiseten sogar den gänzlichen Zusammenbruch von Filialen voraus und griffen den Verbandsvorstand wegen seines Projekts heftig an. Nach niedergeschlagenen Verhandlungen mit den Berliner Filialen, deren Vertretern, die sich über ein halbes Jahr in die Länge zogen, gelang es dem Verbandsvorstand denn doch, die Mehrheit der Berliner Kollegen von der Notwendigkeit eines eigenen Sekretariats zu überzeugen. In einer allgemeinen Versammlung, die am 30. September 1901 stattfand, wurde einstimmig die Errichtung des Sekretariats beschlossen, nachdem die Opposition die Versammlung verlassen hatte. Das Sekretariat trat dann mit dem 1. Januar 1902 in Tätigkeit; es besteht nun ein Jahr und es muß konstatziert werden, daß die Befürchtungen der früheren Opposition nicht eingetroffen sind. Die Berliner Bewegung hat sich im Gegenteil nicht unerheblich gehoben und die erwartete Abneigung vieler Mitglieder ist ausgeschlichen.“ — Auch für manche unserer Filialen, die sich zur Zeit mit einem erhöhten Volkszuschlag nicht einverstanden erklären können, dürfte dies ein beachtenswertes Beispiel sein.

Der eben erschienene Meisterschaftsbericht des deutschen Kürschnerverbandes konstatiert die Abschaffung des schwulen Geschäftshanges, welch letzterer in den Riesenummern der ausgeschriebenen Unterstützungen zum Ausdruck gelangt. Der Verband hatte 1902 aufzuweisen: am Orte 73438 Tage, auf der Stelle 236044 Tage der Arbeitlosigkeit. Dazu kommen 400143 Krankheitstage, jedoch auf jedes Mitglied des Verbands 31 Tage Arbeitlosigkeit und 12 Tage Krankheit entfallen. Mit Recht wird u. a. in dem Bericht bemerkt: Geben diese Summen einerseits ein betrübendes Bild über die große Anzahl Verungangshöriger, welche unter dem wirtschaftlichen Niedergang zu leiden haben, so sind sie andererseits ein erhebender Beweis für die Leistungsfähigkeit und den Erfolg der im Verband organisierten Buchdrucker. Die Abrechnung balanziert mit über 5 Mill. Mark, das Verbandsvermögen beträgt 3176849 Mark.

Der Tapeziererverband, welcher in Magdeburg seine zweite Generalversammlung abhielt, hat u. a. mit 27 gegen 4 Stimmen die Arbeitslosenunterstützung angenommen.

In der Lohnbewegung der Hamburger Maurer und Zimmerer ist noch keine Änderung eingetreten; das Angebot der Unternehmer, die Forderungen der Arbeiter vom März 1901 ab zu bewilligen, wenn sofort sämtliche Spezies aufgehoben würden, wurde von den in betracht kommenden drei Organisationen abgelehnt.

— **Allgemeine Bauhandwerker-Versicherung in Kassel in Tiefbau.** Wie uns von da mitgeteilt wird, soll nächstens auch in Kassel das Ausvermögen sicher, welches unter den bekannten Tischlern grafiert, ausbrechen. Die dortigen Tischler befinden sich seit 14 Wochen im Streik, um die offizielle Arbeitszeit, 18 M. Mindestlohn und 10 Prozent Lohnausfall durchzusetzen. Die Tischlermeister haben kein Mittel überbracht gelassen, um die Niedriglage der Gesellen herbeizuführen, aber vergeblich. Bis heute ist es den Meistern nicht gelungen, Arbeitwillige in nennenswerter Anzahl heranzutreiben. Jetzt springen die Arbeitgeber des Tischlers bei Kassel den bedrängten Tischlermeistern bei. Vorher ging den Streikenden ein Schriftstück zu, worin erklärt wird, wenn die Tischler bis zum 20. Juli die Arbeit nicht aufnehmen, werden sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt! Das unter den Maler- und Weißbindermäistern verschieden auf eine solche Gelegenheit lauern, haben wir schon früher erwähnt. Es ist aber dafür gesorgt, daß die Wände dieser Herren nicht in den Himmel wachsen. Der Zugang ist streng zu erhalten!

— Cirka 400 Porzellanarbeiter sind seit fünf Wochen in Tettau (Oberschlesien) ausgesperrt, weil die Maler sich weigerten, einer Erhöhung der Preise für Porzellan anzustimmen, wodurch ihnen ein erheblicher Lohnausfall entstünde.

Gegen die Lohnbewegung der Hamburger Maurer und Zimmerer ist noch keine Änderung eingetreten; das Angebot der Unternehmer, die Forderungen der Arbeiter vom März 1901 ab zu bewilligen, wenn sofort sämtliche Spezies aufgehoben würden, wurde von den in betracht kommenden drei Organisationen abgelehnt. Gegen die Orlinskyer und Dahmsche Tischler befindet sich seit 14 Wochen im Streik, um die offizielle Arbeitszeit, 18 M. Mindestlohn und 10 Prozent Lohnausfall durchzusetzen. Die Tischlermeister haben kein Mittel überbracht gelassen, um die Niedriglage der Gesellen herbeizuführen, aber vergeblich. Bis heute ist es den Meistern nicht gelungen, Arbeitwillige in nennenswerter Anzahl heranzutreiben. Jetzt springen die Arbeitgeber des Tischlers bei Kassel den bedrängten Tischlermeistern bei. Vorher ging den Streikenden ein Schriftstück zu, worin erklärt wird, wenn die Tischler bis zum 20. Juli die Arbeit nicht aufnehmen, werden sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt! Das unter den Maler- und Weißbindermäistern verschieden auf eine solche Gelegenheit lauern, haben wir schon früher erwähnt. Es ist aber dafür gesorgt, daß die Wände dieser Herren nicht in den Himmel wachsen. Der Zugang ist streng zu erhalten!

— Gegen die Romberger Streikteilnehmer teilte der Vorstand das Urteil auf: vierzehn Jahre Haft haft, siebzehn Jahre Gefängnis, verteilt auf 13 Verurteilte. Darunter für die beiden Mädelsführer Orlinsky und Dahms auf fünf Jahre, für den des Steineverfers überführten Zimmerer Spielmann auf vier Jahre Haft und für alle drei Eltern unter Polizeiaufsicht. Dies Urteil hat an Härte alle Befürchtungen übertrroffen. Begründet wurden die Strafen u. a. durch die „Verhöhnung der Autorität“, die im Verhalten der Angeklagten läge und hierin finden wir auch den Schlüssel zur Ausmessung der Strafen. Und worin bestand das Verbrechen, das mit solchen drakonischen Strafen geahndet werden muß? Die streitenden Arbeiter könnten es nicht verstehen, daß zum Schuh der nationalen Arbeit Russen und Italiener in ganzen Trupps eingeführt wurden. Sie gerieten bei deren Anblick in eine mir zu begreifliche Empörung und es kam zwischen beiden Teilen zu Täterschaften, wobei sogar Glasschalen gespien sein sollen. Die Polizei sorgte indes für die Streikbrecher und so ist dienen werken Persönlichkeit weiter kein großes Leid angehängt worden. Die bürgerliche Gesellschaft aber hat furchtbare Rache genommen. Die Türen des Büchthauses und des Gefängnisses schließen sich wieder einmal für lange Zeit hinter ehrlichen Arbeitern, die sich nur durch ihre begreifliche Erregung zu weit hinzogen ließen.

## Gerichtliches.

— Eine kostspielige Maßregelung. Die Möbelfabrik von Kempf u. Geiger in Mühldorf am Main brachte im April ds. Jrs. einen Schlag gegen den Holzarbeiterverband zu führen und entließ deshalb obigen Ding 21 Tischler, die dem Verband angehören. Den unmittelbaren Anlaß zu der Maßregelung bot der Umstand, daß die Entlassenen an der Beerdigung eines im Betriebe verunglückten Kollegen teilgenommen hatten. Da die Fabrikordnung für beide Teile 14-tägige Stundigung vorschreibt,

